Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parree.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 34 | Freitag, den 3. Februar | Jahrgang 1928

Reichsbahn und Anleihebedarf.

Von

Reichsbahnoberinspektor Th. Klein.

In meinem Artikel „Reichsbahn und Dawesplan" (vgl. Nr. 6 ds. Blattes vom 6. Januar d. J.) hatte ich u. a. bereits ausgeführt, daß die Deutsche Reichsbahn darauf angewiesen sei, die sogenannten werbenden Anlagen, d. h. solche, die dem nationalen Verkehrsunternehmen neue Erträge bringen sollen, aus Anleihemitteln zu bestreiten. Da der Reparationsagent jedoch die Bestreitung derartiger außerordentlichen Aufwendungen aus ausländischen Anleihemitteln zu inhibieren versuche, die Reichsbahn ihre dahingehenden Ausgaben somit aus den laufenden Betriebseinnahmen zwangsläufig decken müsse, so würden der Finanzgebarung der Reichsbahn in nächster Zeit unter Umständen besondere Gefahren von seiten ihres außerordentlichen Haushalts drohen.

Inzwischen sind die Verhandlungen über die Emission weiterer Vorzugsaktien durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft nun erfreulicherweise soweit gediehen, daß die zuständigen Stellen sich über das Ergebnis wie folgt verbreiten konnten:

„Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bedarf zur Deckung ihrer Kapitalausgaben größerer Geldmittel. Da zur Zeit eine Auslandsanleihe für sie nicht in Frage kommt, das Interesse der Bahn sowohl wie der Wirtschaft aber eine Verschiebung oder gar weitere Verminderung der geplanten Arbeiten nicht verträgt, wird ein unter der Führung der Reichsbank stehendes Bankenkonsortium der Deutschen Reichsbahngesellschaft die zur Durchführung des Beschaffungsprogramms erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Das Konsortium übernimmt zunächst fest 100 Millionen M. Zertifikate der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie V der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ohne Restdividendenschein für 1927, im übrigen genau wie die Zertifikate über Vorzugsaktien der Serie IV auszustatten, und legt diese baldigst zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 93½ Prozent auf. Gleichzeitig hat sich das Konsortium verpflichtet, innerhalb der nächsten Monate nach seiner Wahl entweder weitere 100 Millionen Rm. Zertifikate über Vorzugsaktien oder 100 Millionen Mk. 7prozentiger Schatzscheine der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit dreijähriger Laufzeit fest zu übernehmen.

Wie bei der im Jahre 1926 erfolgten Emission von Zertifikaten der Reichsbank über Reichsbahn-Vorzugsaktien ist auch für die neue Ausgabe eine Garantie des Reiches für eine 7prozentige Vorzugsdividende vorgesehen. Darüber hinaus erhalten bekanntlich die Inhaber der Vorzugsaktien noch eine Zusatzdividende, wenn auf die Stammaktien eine Dividende verteilt wird. Im Falle der Ausgabe von 7prozentigen Schatzscheinen ist deren Umtausch in Zertifikate vorgesehen. Ein weiterer Betrag von 25 Millionen Mark Zertifikaten, der vorläufig gesperrt ist, wird zur anderweitigen Verfügung der Reichsbahn von dieser zurückgehalten."

Es ist zweifellos zu begrüßen, daß die bereits seit geraumer Zeit im Mittelpunkte der öffentlichen Diskussion stehende Frage, wie die Reichsbahn ihren dringend notwendigen Bedarf an Kapitalien befriedigen soll, endlich gelöst worden ist. Dennoch darf man sich nicht der Schwere der Bedingungen verschließen, die die Reichsbahngesellschaft angesichts des ihr verschlossenen Auslandsmarktes u. der beschränkten Aufnahme unseres inländischen Kapitalmarktes nunmehr auf sich nehmen muß. Bei klarer Abwägung der Bedürfnisse und der Folgen, die eine Nichtbefriedigung gerade des Reichsbahnbedarfs gehabt haben würde, kann es indes nicht zweifelhaft sein, daß die beteiligten Stellen selbst unter schweren Bedingungen letzten Endes zu der im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse liegenden Emission im Inlande schreiten mußten. Um wieviel größer die Belastung für die Reichsbahn nunmehr aber im Vergleich zu der letzten Inlandsemission über 150 Goldmillionen im Juli 1926 ist, erhellt daraus, daß bei sonst gleichen Bedingungen der Zeichnungskurs von 95½ auf 93½ f. H. herabgesetzt werden mußte.

Bei einer solchen relativ günstigen Anreizparole besteht jedoch wohl die begründete Aussicht, daß die ersten 100 Mill. Zertifikate schnellstens untergebracht werden, zumal, analog den Verhältnissen im Juli 1926, mit einer starken Beteiligung auch des Auslandes zu rechnen sein dürfte, nachdem diesem die unmittelbare Ausgabe von Wertpapieren, für die allen Anzeichen nach an sich zweifellos ein reges Interesse bestanden hätte, entgangen ist. Auch wird allgemein damit gerechnet, daß nach inzwischen erfolgter befriedigender Lösung der Auslandskreditfrage auch die öffentlichen Stellen sich wieder zur Uebernahme bereit finden werden, wenngleich auch nicht im gleichen Umfange wie im Jahre 1926. Daß man trotz dieser Aussichten die Aufnahmefähigkeit des Marktes aber keineswegs überschätzen möchte, geht zur Genüge aus der Wendung für den zweiten Teil der Emission hervor, für den man erstmalig in Gestalt der Schatzscheine ein mittelfristiges Papier geschaffen hat, mit dessen Hilfe man den Rest der Emission spätestens im Laufe von 3 Jahren unterzubringen hofft. Ueber die Verwendung der weiteren 25 Millionen vorläufig gesperrter Zertifikate hat man sich einstweilen noch ausgeschwiegen. Jedenfalls aber beläuft sich die Gesamtemission auf 225 Millionen Goldmark.

Abgesehen davon, daß es mit Hilfe der neuen Mittel für die Reichsbahn nicht nur gelingt, deren Beschaffungsprogramm weiter zu führen und ihre Liquidität durch die Freistellung der laufenden Einnahmen für die ihnen eigentlich zugedachten Zwecke zu stärken, wird die allgemeine Volkswirtschaft sicherlich ein Interesse daran haben, daß die Frage einer evtl. Tariferhöhung, die bisher immer wieder im Zusammenhange mit dem Kapitalbeschaffungsproblem genannt wurde, auf absehbare Zeit hinaus aus dem Rahmen der öffentlichen Diskussion möglichst verschwindet. Da die Reichsbahn indes in ihrer finanziellen Entwicklung mit dem Ergehen der nationalen Volkswirtschaft auf Gedeih und Verderb verbunden ist, wird sich angesichts der Steigerung unserer Reparationslasten im laufenden Jahre zurzeit noch in keiner Weise übersehen lassen, ob es bei der gegenwärtigen Tariflage der Reichsbahn auf lange Zeit hinaus sein Bewenden behalten wird. Fest steht jedenfalls nur, daß die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sich nach wie vor auch in ihrer Tarifpolitik im Sinne des § 2 des Reichsbahngesetzes in jeder Weise der besonderen Interessen der deutschen Volkswirtschaft nach Kräften annehmen wird.

Briands Antwort an Stresemann.

„1928 wird vergehen, ohne daß schwerwiegende Fragen geregelt werden."

Keine erfreuliche Entgegnung

△ Paris, 2. Februar.

Gleichzeitig mit Poincaré, der in der Kammer finanzielle Fragen behandelte, sprach Außenminister Briand vor dem Senat über die Außenpolitik Frankreichs. Die Rede Briands, der einen seiner besten Tage hatte, war von ungewöhnlichem rhetorischen Schwung, unterbrochen von beißenden Angriffen gegen seine Gegner, die vor ihm gesprochen hatten. Insbesondere Senator Eccard, der von dem militärischen Geist Deutschlands ein trübes Bild entworfen hatte, wurde von Briand aufs schärfste zurückgewiesen, ebenso Senator Hervé, der Briand die Phrasenhaftigkeit seiner Politik zum Vorwurf gemacht hatte.

Briand begann mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, jedes zwischen Deutschland und Frankreich noch bestehende Mißverständnis auszumerzen. Es sei notwendig, daß zwischen den beiden Staaten Erklärungen gewechselt würden. Er erwähnte dabei, daß de. Vertrag von Locarno im Rahmen des Vertrages von Versailles abgeschlossen sei und daß diese Sicherheiten bei den Verhandlungen ausdrücklich festgelegt worden seien. Briand gab weiter der Ueberzeugung Ausdruck, daß,

wenn man den Frieden wolle, man vor dem Worte „Friede" keine Angst haben dürfe,

sondern von dem Frieden häufiger als von dem Kriege sprechen müsse. Früher hat die Parole gelautet: „si vis pacem, para bellum". Die Geschichte hätte bewiesen, daß diese Parole nicht wirksam gewesen sei. Während des Krieges habe er, Briand, sich das Wort gegeben, daß er alles tun werde, um die Wiederholung eines Krieges zu vermeiden. Man habe die Politik von Locarno kritisiert, ohne einen besseren Weg zu weisen. Heute wäre die politische Lage beunruhigend, weil es nach einem derartigen Kriege schwierig sei, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Seit einigen Jahren wäre aber ein Fortschritt auf dem Wege zum Frieden zu verzeichnen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Briand auf den Völkerbund hin, wobei er feststellte, daß dieser noch keine vollkommene Institution darstelle. Die Völker könnten heute nicht mehr in kriegerische Verwicklungen hineingezogen werden, ohne vorher Kenntnis hiervon zu erhalten. In diesem Zusammenhang wies Briand auf die Verdienste des Völkerbundes im einzelnen hin. Er unterstrich vor allem die Versuche, die Streitigkeiten zwischen Polen und Litauen zu regeln und beglückwünschte sich dazu, bei diesen Bemühungen Deutschland an seiner Seite gefunden zu haben.

Hierauf wandte sich Briand dem wichtigsten Teile seiner Rede, der Antwort an Dr. Stresemann, zu. Dr. Stresemann, so führte Briand aus, von dessen Loyalität er völlig überzeugt sei, verliere natürlich die Interessen seines Landes nicht aus dem Auge. Die Franzosen und Engländer handelten genau so, nur seien die Franzosen davon überzeugt, daß ihr Vertreter stets der klügste sei. Dr. Stresemann sei ein positiver Geist. Wenn er sich in den Olivenhainen von Locarno ergehe, so hätte er die Gewohnheit, die Hände mehr zum Nehmen als zum Geben auszustrecken. Es sei notwendig, daß Deutschland sich davon Rechenschaft gebe, daß es noch manche Schwierigkeit zwischen den beiden Völkern geben werde, bevor ein gerechter Ausgleich ihrer gegenseitigen Interessen erfolgen könne.

Man vergesse, daß der Locarnovertrag erst vor 1½ Jahren in Kraft getreten sei. Der Zweck von Locarno sei gewesen, den Frieden von Versailles zu vermenschlichen. Inzwischen

habe die Reparationskommission den guten Willen Deutschlands anerkannt.

Mit Deutschland sei ein Handelsvertrag abgeschlossen worden, der bereits glänzende Resultate gezeigt habe. Sollte das nicht sein? Viele Franzosen hätten hüben und drüben die friedliche Entspannung feststellen können. Ueber diese Tatsache dürfe man nicht hinweggehen. Von den beiden Reden Stresemanns ziehe er die zweite vor; die erste, sehr konziliant im Ton, habe Worte enthalten, die ihm nicht gefallen hätten.

Der Redner wandte sich hierauf gegen die Ausführungen des Senators Eccard, die dieser über den militaristischen Geist Deutschlands gemacht hatte. Die von Eccard mitgeteilten Tatsachen, unter denen sich viele falsche befänden, habe er Stresemann mitgeteilt. Man könne aber naturgemäß nicht verhindern, daß viele Elemente der alten Armee in der neuen geblieben seien. Ferner habe er, Briand, Stresemann auf gewisse Broschüren hingewiesen, die in der Reichswehr verbreitet wurden, Stresemann habe sie beseitigt.

Wörtlich führte Briand dann u. a. aus: „Dr. Stresemann hat von der Heuchelei gesprochen, wenn wir in Zusammenhang mit der Rheinlandräumung die Frage der Sicherheit berühren. Aber ich erwidere ihm, Sie, Dr. Stresemann, behaupten, daß die Haltung Frankreichs Deutschland erniedrige. Ich habe sicherlich Vertrauen zu Ihnen,

aber morgen kann vielleicht die Partei des Herrn von Freytagh zur Macht kommen. Was wird dann geschehen?

Es steht fest, daß in der Partei des Herrn von Freytagh eine Wandlung in der Beurteilung der Locarnopolitik sich vollzogen hat. Aber es bleiben doch immer gewisse Dinge, die unsere Sorge um eine Sicherheitsgarantie rechtfertigen.

Ich lasse nicht zu, daß man an der völligen Loyalität Frankreichs zweifle.

Dr. Stresemann selbst hat anerkannt, daß bezüglich des Rheinlandes keine Verpflichtungen übernommen wurden. In Locarno habe ich erklärt, daß wir ohne Bedingungen unterzeichnen werden. Das weitere würden wir später sehen.

Späterhin habe ich in meinem eigenen Namen und ohne meine Regierung damit zu binden, erklärt, daß der Vertrag von Locarno gewisse Wandlungen mit sich bringen würde, die ich versuchen würde, bei meiner Regierung durchzusetzen.

Herr Stresemann hat erklärt, daß er in gewissem Umfange befriedigt sei.

Ich erkläre, daß er alles erhalten hat, was versprochen wurde.

Die Rheinlandbesatzung hat ihren Charakter völlig gewandelt. Sicherlich bleibt sie für die Deutschen eine schmerzliche Angelegenheit. Sie ist ein Hindernis für die Verwirklichung gewisser Wünsche. Als ob die Besetzung für uns ein Vergnügen sei!

Die Behauptung Dr. Stresemanns, daß Deutschland nichts gewonnen hätte, ist falsch. Deutschland ist in den Völkerbund eingetreten, es arbeitet mit den anderen Mächten zusammen, es befindet sich in einer moralischen Situation, deren Bedeutung es nicht das Recht hat, zu leugnen.

Gut, ein deutscher Kanzler hat im Reichstag anerkannt, daß die Fragen von Elsaß und Lothringen geregelt seien. Die Einrichtung einer demilitarisierten Zone würde nur die Anwendung des Versailler Vertrages bedeuten, der von einer Demilitarisierung links des Rheines in 50 Kilometer Breite spricht. Der Friede von Versailles hat gleichzeitig die englischen und amerikanischen Garantien für diese Demilitarisierung vorgesehen. England verfolgt seine eigenen Ziele. Daher hat auch Frankreich das Recht, an seine zu denken. In Cannes und Locarno habe ich daran gedacht, diese Idee der demilitarisierten Zone zu verwirklichen. Man kann es den Deutschen sehr wohl nachfühlen, daß sie sagen: „Geht aus dem Rheinland und alles wird in Fluß kommen." Ich meinerseits muß mich weigern, die Dinge so einfach zu sehen. Im Rheinland steht nicht nur Frankreich, sondern die Alliierten und

Frankreich kann nicht allein entscheiden über die Fortdauer oder das Aufhören der Okkupation.

Deutschland hat allein Forderungen zu stellen; Frankreich befindet sich in einer Solidarität, die nicht erlaubt, allein zu handeln."

Briand berührte dann kurz die Affäre von Szent Gothard, worauf er erneut zur Rheinlandfrage zurückkam. Nach den Versailler Friedensverträgen sei

das Rheinland aus drei Gründen besetzt

worden: 1. weil man darauf verzichtet habe, die Kriegsschuldigen zu bestrafen, 2. wegen der Entwaffnung und 3. wegen der Reparationsfrage. In Thoiry sagte ich zu Stresemann: „Führen Sie die Entwaffnung, die Ihnen auferlegt wurde, durch und prüfen Sie ihre Zahlungsmöglichkeiten." Dr. Stresemann hat mir die von ihm zugesagten Vorschläge niemals überbracht. So wurde dann von hier der Vorschlag gemacht, die Rheinlandräumung gegen finanzielle Vorteile zugunsten Frankreichs einzutauschen. Die allgemeine finanzielle Weltmarktlage hat Stresemann verhindert mir Vorschläge zu unterbreiten.

Auch heute weigert sich Frankreich nicht, von neuem das Problem zu prüfen,

wohlverstanden im Einverständnis mit den Alliierten. Stresemann hat erklärt: „Wir werden nicht außerhalb der Verträge von Versailles gehen." Wir verlangen dies auch nicht. Deutschland, das ein Geschäftsland ist, wird sicherlich ein Mittel finden, seinen Zweck zu erreichen innerhalb der Grenzen des Versailler Vertrages. Was die Sicherheitsfrage anbelangt, so steht es fest, daß der Friede von Versailles uns Garantie bietet, aber auch noch 1935 muß dieser Friede in Kraft bleiben. Was die Demilitarisierung einer 50 Kilometer-Zone anbelangt, so handelt es sich nicht um die Kontrolle von Hunderten von Kontrollbeamten.

Die Zone ist im Interesse Deutschlands und Frankreichs demilitarisiert, aber der Garantieapparat muß auch spielen. Im Völkerbund wird man den notwendigen Mechanismus finden. Das ist der Geist, in dem ich mit den Vertretern Deutschlands zu verhandeln wünsche.

Wenn alles geregelt sein wird, werden wir Franzosen das Rheinland ohne Bedauern verlassen.

Wenn die Demilitarisierung des Rheinlandes garantiert sein wird, ist aber das ganze Problem noch nicht gelöst, da andere Gebiete Europas beunruhigt sind. Im Osten sehe ich einen Staat, der 700 000 Mann aufgestellt hat und der eine recht beunruhigende Sprache führt. Stresemann hat Beziehungen zu diesem Lande. Möchte er doch mit diesem Lande in der gleichen Sprache reden wie mit uns und daran denken, daß auch in jener Richtung in Europa Beunruhigungsmomente zu zerstreuen sind. In Frankreich ist die Friedenssehnsucht stark in allen Parteien. Dieses Gefühl wird sicherlich noch anwachsen. Aber unser Volk will auch, daß seine Vertreter seine Interessen verteidigen.

„Ich würde beruhigter sein, wenn die deutsche Republik bei den zukünftigen Wahlen gestärkt würde.

1928 wird vorbeigehen, ohne daß schwerwiegende Fragen geregelt werden und die Hoffnung der Völker auf einen allgemeinen Frieden gestärkt wird."

Seine zweistündigen Ausführungen schloß Briand mit dem Hinweis darauf, daß auch im Osten Deutschlands die Grenzen gesichert seien, trotzdem kein Ostlocarno abgeschlossen worden sei. England habe keineswegs erklärt, daß es sich an der Ostgrenze desinteressiere, sondern sich vorbehalte, je nach den Umständen zu handeln. Deutschland habe die Verpflichtung unterzeichnet, im Osten einen bewaffneten Konflikt mit Polen zu vermeiden und einen Schiedsgerichtsvertrag in dieser Richtung geschlossen. Daher sei es

keineswegs richtig, daß Polen keine Garantie durch die Locarnoverträge erhalten habe.

Er, Briand, werde keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich um eine Ergänzung dieser Garantien zu bemühen.

Im Anschluß an die Rede Briands nahm der Senat mit allen gegen eine Stimme die Tagesordnung Marraud an, in der es heißt: Der Senat spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie immer mehr die Friedensgarantien verstärkt, die Achtung vor den Verträgen aufrechterhält und die nationale Sicherheit gewährleistet und billigt die Erklärungen des Ministers des Aeußern.

Das Stärkeverhältnis der Arbeiterschaft im Zentrum.

Von

Heinrich Hase.

Sowohl von seiten der Christlichen Gewerkschaften wie auch aus dem Kreise der katholischen Arbeitervereine werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Ziffern in der unter „Tagesfragen" veröffentlichten Betrachtung über den Anteil der Arbeiterschaft an der Wählerschaft des Zentrums falsch seien, daß also der Verfasser von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Sind aber die der Betrachtung zugrunde gelegten Ziffern falsch, dann lassen sich natürlich auch die darauf aufgebauten Schlüsse nicht aufrechterhalten. Darauf hingewiesen sei jedoch, daß mit keinem Wort des Artikels berechtigten Ansprüchen der dem Arbeiterstande angehörenden Zentrumswähler entgegengetreten, daß im Gegenteil der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß man sich über die Wünsche der Arbeiterschaft in den für die Aufstellung der Wahlvorschläge zuständigen Parteiinstanzen ruhig und vernünftig unterhalten solle. Einer von christlicher Gewerkschaftsseite stammenden Entgegnung auf die gestrigen Ausführungen geben wir nachstehend Raum.

Die Redaktion.

In dem gestern unter „Tagesfragen" veröffentlichten Abschnittsartikel, der sich, bezugnehmend auf die Rede des Arbeiterführers Imbusch, mit dem Stärkeverhältnis der Arbeiterschaft im Zentrum befaßt, wird ein Zahlenmaterial verwandt und eine Aufrechnung gemacht, die ganz gewaltig von der Wirklichkeit abweichen. Der Artikelschreiber geht bei seiner Untersuchung, ob die Arbeiterschaft in der Zentrumspartei nicht gebührend vertreten ist, von ganz falschen Grundsätzen aus. Er verwechselt zunächst den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Christlichen Gewerkschaften miteinander. Ferner verwechselt er die Gesamtarbeiterschaft, die dem Zentrum angehört mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterzentrumswählern und gibt obendrein noch falsche, geringere Mitgliederzahlen an.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich zusammen aus den Christlichen Gewerkschaften und Angestellten-Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von rund 1150000 Mitgliedern, also nicht eine halbe Million, sondern 130 Prozent mehr. Davon haben die Christlichen Gewerkschaften heute rund 700000 Mitglieder, dazu 450 000 Mitglieder des Gesamtverbandes der Angestellten-Gewerkschaften, macht 1 150 000 Mitglieder. Die in den nächsten Wochen erscheinenden spezialisierten Zahlen werden beweisen, daß diese Zahlen hier eher zu niedrig als zu hoch sind. In dem Artikel wird der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband mit 100 000 Mitglieder eingeschätzt, obwohl er in Wirklichkeit 310000 Mitglieder hat. Der D. H. V. ist somit die stärkste Berufsorganisation der Kaufleute nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt.

Wenn man untersuchen will, ob die Arbeiterschaft im Zentrum stark genug vertreten ist, so darf man nicht einerseits sämtliche Arbeiterabgeordnete als Grundlage nehmen und andererseits aber nur die Mitgliederzahlen der Christlichen Gewerkschaften mit diesen Abgeordneten ins Verhältnis bringen, sondern man muß dann die Mitgliederzahlen des Reichsverbandes der kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, der Gesellenvereine und auch mindestens den größten Prozentsatz der Mitglieder der Jungmänner- und einen großen Teil der Jünglingsvereine hinzunehmen. In den Jungfrauenvereinen stammt ebenfalls der größte Teil der Mitgliedschaften aus Arbeiterfamilien. Wenn man nun nur allein diese aus Arbeiterkreisen stammenden Stimmen zu Grunde legt und noch die Stimmen der Frauen der Arbeiterzentrumswähler hinzurechne, so kommen aus Arbeiterkreisen gering bemessen mi-

bestens 40 bis 45 Prozent der Gesamtstimmenzahl des Zentrums.

Wenn auch in dem fraglichen Artikel in einem Satz ausgesprochen ist, daß der Artikel nicht die Abdrosselung der Wünsche der Arbeiterschaft bezwecke, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die ganze Aufmachung und die Tendenz des Artikels sich gegen die Arbeiterschaft richtet. (Das ist eine irrige Ansicht des Verfassers. Die Redaktion). Man kommt unwillkürlich auf den Gedanken, daß die Einigung in den Spitzen zwar erfolgt ist, und jetzt in den unteren Instanzen seitens gewisser Kreise aber von neuem Sturm gegen die Arbeiterschaft gelaufen wird. (Auch diese Absicht hatte der Artikel nicht. Die Red.) Die Arbeiterschaft wird aber hier auf dem Posten sein und ihre Rechte zu wahren und durchzusetzen wissen.

Der Reichstag über die Leiden des besetzten Gebietes.

Vier Tage Parlamentspause.

Von unserer Berliner Redaktion.

= Berlin, 2. Februar. (Drahtb.)

Der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete stand neben zwei unbedeutenden anderen Punkten auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Reichstages. Reichskanzler Dr. Marx hat infolge seiner rheumatischen Erkrankung darauf verzichten müssen, den Etat selbst zu vertreten; er mußte diese Aufgabe dem Staatssekretär Schmid überlassen. Bei weitestgehender Interesselosigkeit der Abgeordneten und der Zuhörer spielte sich die Aussprache ab. Die große Debatte über das Gesamtproblem der Außenpolitik, von der das Parlament in den letzten drei Tagen beherrscht war, hatte anscheinend die Kampflust so beeinträchtigt, daß die meisten Abgeordneten es vorzogen, bereits am frühen Nachmittag die Reichshauptstadt zu verlassen, um die vier Ruhetage, die bis Dienstag der nächsten Woche dauern, noch um einige Stunden zu verlängern.

Im Verlauf der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes war von allen Seiten — den deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven ausgenommen — dem Wunsch nach Verständigung mit Frankreich reichlich Ausdruck verliehen worden. Wie gerechtfertigt dieser Wunsch ist, wurde heute offensichtlich, als die Redner aller Parteien die Zustände im besetzten Gebiet schilderten. Man sah beinahe den zwischen Deutschland und Frankreich hängenden eisernen Vorhang, von dem der Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Mittwoch gesprochen hatte. Allerdings kam man auch zu der Erkenntnis, daß dieser eiserne Vorhang lediglich auf Deutschland wuchte und zwar in Gestalt von mehr als 60 000 Mann Besatzung und ungezählten Maschinengewehren und Kanonen. Ein Aufzählen der verschiedenartigen Waffen und Bedrückungen, unter denen die Bevölkerung im besetzten Gebiet leidet, ist überflüssig; die Not unter der Fremdherrschaft ist zu bekannt, als daß sie durch Nennung einzelner Fälle noch schlimmer gemacht werden könnte, als sie es tatsächlich ist. All unsere Bereitschaft, mit Frankreich auf gutem Fuße zu leben, wird dem Bereich der Illusion angehören, so lange die fremde Besatzung im Rheinland steht. Mit einer Verminderung der Truppenzahl um 10 000 Mann, mit der uns anscheinend die Franzosen abspeisen möchten, kann und darf es nicht getan sein. Wenn auch jeder fremde Soldat, der aus dem Rheinland verschwindet, eine gewisse Erleichterung bedeutet, so darf im deutschen Volk doch nur der eine Gedanke wach sein, daß mit dem verständigungswidrigen Anachronismus der Rheinlandbesatzung radikal aufgeräumt werden muß.

*

Sitzungsbericht.

◆ Berlin, 2. Februar.

Der Einspruch der kommunistischen Abgeordneten Florin und Bartz gegen ihre vom Vizepräsidenten Graef verfügte Ausweisung aus der Sitzung vom 27. Januar wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

Dann wird in dritter Beratung der Gesetzentwurf über Deutschlands Beteiligung am internationalen Schiedsgerichtshof im Haag angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete.

Abg. Witte (S.) führt Klage darüber, daß das Auftreten der Besetzungsbehörden noch immer die schwersten wirtschaftlichen Schäden für die Bevölkerung dieses Gebiets zur Folge habe. Die Arbeitslosenzahl sei dort 30—50 Prozent höher als im übrigen Reich. Wir ersehnen den Tag, an dem anstelle der Trikolore am Rhein unsere schwarz-rot-goldene Reichsfahne flattert.

Staatssekretär Schmid vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete erklärt zunächst, daß der Reichskanzler leider durch Krankheit verhindert sei, den Etat selbst hier zu vertreten. Die Regierung bemühe sich, den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes lastet, zu mildern. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Länder diesem Gebiet öffentliche Aufträge in größerem Umfange zuweisen würden.

Die Besatzungsverminderung habe zur Freigabe von 436 Wohnungen geführt, denen aber immer noch über 8600 beschlagnahmte Wohnungen gegenüberstehen.

(Hört, hört!) Die französische Militärjustiz zieht noch immer jährlich rund 1500 deutsche Bürger vor ihre Schranken, meist wegen Bagatellsachen. Ueber 200 Ausschreitungen fremder Soldaten waren auch 1927 zu verzeichnen. Der Staatssekretär geht dann auf den Kulturfonds ein, der verstärkt werden solle, um den Fortbestand der Theater und Orchester im besetzten Gebiet zu sichern. Die Fahrtentschädigung für die Saargänger soll weitergewährt werden. Zu diesem Zweck sollen weitere 1½ Millionen in den Etat eingesetzt werden. Bis Ende dieses Monats werde das Reich auch die Mittel für den Grenzfonds an die Länder verteilen, damit die Bevölkerung des besetzten Gebietes möglichst bald in den Besitz dieser Mittel kommen könne. Die Entschädigungsregelung müsse nun endlich abgeschlossen werden. Für die Aufrechterhaltung mittlerer und kleinerer Existenzen im besetzten Gebiet sollen im ganzen 160 Millionen Mark aufgewandt werden. Der Staatssekretär spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß der verständigungswidrige Anachronismus der Besetzung und damit auch die Tätigkeit der Reichsverwaltung für die besetzten Gebiete möglichst bald ihr Ende finden müsse.

Dr. von Dryander (Dn.) erklärt, der Limbourg-Prozeß habe befreiend gewirkt. Die Separatistenputsche seien von Frankreich geleitet und bezahlt worden. Der Redner lehnte Bestrebungen auf Zerschlagung Preußens und rheinische Autonomie aufs schärfste ab. Das Mainzer Kriegsgericht habe vor wenigen Tagen zwei Mainzer Kaufleute wegen Spionage zugunsten „einer fremden Macht", nämlich Deutschland, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei sei

Deutschland von Mainz ausgehend, mit einem Spionagegesetz überspannt.

Besondere Hilfe verdiene Aachen. Die Eupen-Malmedyfrage müsse in friedlichem Benehmen mit Belgien einmal eine Lösung finden.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Z.) bedauert, daß noch einmal festgestellt werden müsse, daß die Verhältnisse im besetzten Gebiet nicht, wie die Schönfärberei der französischen Presse es darstellt, geordnet sind. Das sei immer noch eines freien Volkes unwürdig. Der Redner begründet

eine Zentrumsentschließung,

in der Erwerbslosenunterstützung für die Saargänger verlangt und Verhandlungen mit der Reichsbahnverwaltung darüber gefordert werden, ob das Maß der bisherigen Saarkohlenabnahme von 90 000 Tonnen monatlich eine Erhöhung auf 225 000 Tonnen ermöglichen lasse, damit die von der Saargrubenverwaltung angekündigten Entlassungen und Feierschichten vermieden werden. Der Redner bedauert, daß die Regierung ihr Versprechen, die Besatzungszulage für die Beamten weiter zu zahlen, nicht gehalten habe.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) meint, die französische Regierung zeige in ihrem Besatzungssystem unglaublichen Mangel an psychologischem Verständnis. Das Rheinland müsse heute noch als Notstandsgebiet betrachtet werden. Notwendig seien vor allem Verkehrsverbesserungen.

Abg. Schücking (Dem.) erklärt, die Fortdauer der Besetzung widerspreche der Bestimmung des Völkerbundes, daß die Beziehungen der Länder untereinander nach den Grundsätzen der Ehre und Gerechtigkeit geregelt werden sollen. Der Redner wendet sich dann gegen die von Poincaré vertretene Rechtsauffassung in der Besatzungsfrage. Die Bevölkerung des besetzten Gebiets sei mit dem Außenminister darin einig, daß

eine vorzeitige Aufhebung der Besetzung nicht erkauft werden dürfe durch eine dauernde deutsche Verpflichtung über den Versailler Vertrag hinaus.

Deutschland müsse die Verknüpfung der Sicherheitsfrage mit der Besetzungsfrage durchaus ablehnen.

Nach weiterer Debatte, in der u. a. Abg. Dr. Quessel (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des Kulturfonds um einen Million auf vier Millionen begründete, und Abg. Kube (Nat.-Soz.), weil er den Abg. Landsberg (Soz.) „Moische Landsberg" nannte, sowie Abg. Künstler (Soz.), der den Abg. Kube in einen Zwischenruf als „Dreckschleuder" bezeichnete, Ordnungsrufe erhielten, wurde der Etat mit den Anträgen und Entschließungen des Ausschusses unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge angenommen.

Das Haus vertagte sich auf Dienstag, 7. Februar, 14 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Entwürfe zur Aenderung des Mieterschutzes.

Noch keine Entscheidung über das Reichsschulgesetz.

× Berlin, 2. Februar.

Von unserer Berliner Redaktion.

Die Besprechungen über das Reichsschulgesetz sind zwar wieder aufgenommen worden, über den toten Punkt konnten sie bisher jedoch nicht hinwegführen. Wenn übrigens von Verhandlungen die Rede ist, so ist hierunter kein offizieller Akt zu verstehen. Vorläufig haben nur lose unverbindliche Aussprachen stattgefunden. Die „Vossische Zeitung" will wissen, daß ein neuer Vorschlag aufgetaucht sei, der anscheinend auf beiden Seiten nicht unfreundlich aufgenommen worden sei. Er gehe dahin, daß die Entscheidung über die Simultanschule in Hessen, Baden und Nassau zunächst auf 10 oder 15 Jahre ausgesetzt werde. Der § 20 habe eine Sperrfrist von fünf Jahren vorgesehen. Der neue Vorschlag ziele darauf ab, daß an dem bestehenden Zustande in den 10 oder 15 Jahren nichts geändert werde und daß erst nach Ablauf dieser Frist der Reichstag darüber beschließen soll, ob die Simultanschule auf 10 Jahre erhalten bleibe oder je nach dem Willen der Erziehungsberechtigten in Bekenntnisschulen umgewandelt werden soll.

Soweit wir unterrichtet sind, entspricht diese Darstellung in keiner Weise der Auffassung der Zentrumsfraktion. Auf dieser Basis wird es nach unseren Informationen zu keiner Einigung kommen. Vorerst will man anscheinend überhaupt abwarten, welche Haltung der Schulausschuß der Deutschen Volkspartei, der am 12. Februar tagt, einnehmen wird. Sollte es sich herausstellen, daß er sich zu der Auffassung des deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Runkel bekennt, der dieser Tage in Eisleben aus seiner liberalen Seele keine Mördergrube machte, so wären sämtliche Türen zugeschlagen. Sofern die Deutsche Volkspartei die Bemühungen um ein brauchbares Schulgesetz zunichte machen will, können wir sie nicht davon abhalten. Die Konsequenzen ergeben sich dann eben von selbst. Bis zur allgemeinen Klärung wird man sich noch etwas in Geduld fassen müssen; denn im Verlaufe dieser oder der kommenden Woche dürfte voraussichtlich keine Entscheidung fallen.

Der Reichsbahnkonflikt.

Ein Schreiben des Reichskanzlers an den Reichstagspräsidenten.

Der Reichskanzler hat dem Reichstagspräsidenten Loebe ein Schreiben zu seiner Denkschrift über das Urteil des Staatsgerichtshofes wegen eines preußischen Mitgliedes im Verwaltungsrat der Reichsbahn zugehen lassen, in dem er auf die inzwischen erschienene Denkschrift des preußischen Ministerpräsidenten Braun eingeht.

Der Reichskanzler verweist in seinem Schreiben nach einer kurzen Darstellung der geschichtlichen Vorgänge darauf, daß im Zusammenhang mit der Loslösung der Reichsbahn aus der unmittelbaren Verwaltung des Reiches und aus Anlaß der Bildung des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn" am 25. 3. 1924 mit Preußen wie mit den großen Eisenbahnländern vereinbart wurde, daß die preußische Regierung in dem zukünftigen Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn auch in einem etwa vorläufig zu bildenden, eine Vertretung aus eigenem Recht erhalten sollte. Die gleiche Zusage wurde auch Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden gemacht. Bei Bekanntwerden des Dawesplanes hat die Reichsregierung bezüglich des künftigen Verwaltungsrates anfangs Mai 1924 in einer Besprechung mit den Ländern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die diesbezüglichen Bestimmungen der früheren Vereinbarungen nicht mehr durchführbar sein würden. Diesen Standpunkt hat die Reichsregierung auch in der Folgezeit niemals verlassen.

Das Schreiben des Reichskanzlers zitiert zum Beweise hierfür eine mit Bayern abgeschlossene Vereinbarung und sagt hierzu: Hieraus geht klar hervor, daß die den Ländern in den Frühjahrsvereinbarungen zugestandene Vertretung im Verwaltungsrat aus eigenem Recht mit der im Dawesplan in Aussicht genommenen Gestaltung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft nicht für vereinbar gehalten wurde. In der gleichen Richtung bewegten sich auch die mit Preußen gepflogenen Verhandlungen. Aus einem der preußischen Regierung in dieser Frage unterbreiteten Entwurf, der von der letzteren zwar nicht vollzogen worden ist, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß eine Uebereinstimmung über das von der preußischen Regierung behauptete Benennungsrecht für ein Verwaltungsratsmitglied keineswegs erzielt wurde. Es kann deshalb auch die Rede nicht davon sein, daß die Reichsregierung die Ernennung des Geh. Kommerzienrats Arnhold bei der erstmaligen Bildung des Verwaltungsrates in Anerkennung eines unbestrittenen Benennungsrechtes Preußens vorgenommen hat, vielmehr ist die Ernennung des Geheimrats Arnhold in der Weise vor sich gegangen, daß die preußische Regierung sich bereit erklärte, den von der Reichsregierung von vornherein in Aussicht genommenen Herrn Arnhold als preußischen Vertrauensmann im Verwaltungsrat gelten zu lassen.

Nach dem Tode Arnholds wurde, ohne daß zunächst Sobald nach dem Scheitern dieser Verhandlungen die Preußen wegen der Person des Nachfolgers versucht. Sobald nach dem Scheitern dieser Verhandlungen die Rechtsfrage auftauchte, hat die Reichsregierung den Rechtsanspruch Preußens grundsätzlich bestritten. Am Schluß des Schreibens wird der Ansicht Preußens entgegengetreten, als ob die preußischen Interessen in dem Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft völlig ungenügend vertreten seien. Es wird darauf hingewiesen, daß von den von der Reichsregierung ernannten neuen Mitgliedern die meisten, nämlich sieben preußischer Staatsangehörigkeit sind.

Reichsratsbeschlüsse.

)(Berlin, 2. Febr. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Donnerstag kleinere Vorlagen. Nach einem kurzen Referat des Berichterstatters erklärte sich der Reichsrat ohne Debatte damit einverstanden, daß die durch Pensionierung des Senatspräsidenten beim Reichsgericht am 1. Februar frei gewordene Stelle dem bisherigen Reichsgerichtsrat Dr. Lorenz übertragen wird, der bisher im vierten Strafsenat den Präsidenten Niedner vertreten hat.

Erste Tagung des finanzpolitischen Ausschusses der Länderkonferenz.

)(Berlin, 2. Febr. Der finanzpolitische Ausschuß der Länderkonferenz hat heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler seine Arbeiten aufgenommen.

Die Reparationsabgabe für Frankreich.

Abänderung des bisherigen Erhebungsverfahrens.

Paris, 2. Febr. Die in der Zusatzerklärung des deutsch-französischen Handelsvertrages vom 17. August 1927 vorgesehenen Verhandlungen über die Abänderung des Erhebungsverfahrens der 26-prozentigen Reparationsabgabe, die die französische Regierung von den nach Frankreich eingeführten deutschen Waren erhebt, haben zu einem Abkommen geführt, das heute im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten von den deutschen und den französischen Unterhändlern paraphiert worden ist. Das Abkommen wird, sobald es die Zustimmung der zuständigen Stellen erhalten hat, in Kraft gesetzt werden. Auf Grund dieses Abkommens, das dem deutsch-englischen Abkommen über die 26prozentige Reparationsabgabe (Recovery Act) entspricht, sollen auch im deutsch-französischen Ausfuhrhandel die einzelnen Erhebungen dadurch ersetzt werden, daß auf Grund freiwilliger Ablieferung von Devisen durch die deutschen Exporteure der Ertrag der Reparationsabgabe beim Generalagenten für die Reparationen in pauschaler Form sichergestellt und von ihm an die französische Regierung überwiesen wird. Mit diesem Abkommen fällt also die mit dem bisherigen Verfahren der Erhebung der Abgabe bei den einzelnen Sendungen verbundene und den deutschen Handel erschwerende Form fort.

Poincaré über die Finanzlage Frankreichs.

:: Paris, 2. Februar.

Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort zu seinen mit großer Spannung erwarteten Ausführungen über die finanzielle Lage Frankreichs. Einleitend betonte Poincaré, daß er sich keineswegs den von den Interpellanten aufgeworfenen Fragen entziehen würde, daß er aber kein Wort sprechen werde, das die Politik der nationalen Einigung kompromittieren könnte.

Hierauf ging Poincaré zur Schilderung der durch seine Finanzpolitik bisher erzielten Ergebnisse über. Der Jahresbericht der Bank von Frankreich für das letzte Jahr bedeute, so führte Poincaré aus, eine entscheidende Etappe auf dem Wege zum finanziellen Wiederaufbau Frankreichs. Die Kammer habe das Budget für das laufende Jahr noch Ende Dezember vergangenen Jahres angenommen, womit die Periode der Unsicherheit endlich vorbei sei. Die Finanzsachverständigen hätten eine Stabilisierung um jeden Preis und eine Ratifizierung der interalliierten Schuldenabkommen verlangt. Er, Poincaré, habe aber Frankreich in keinerlei Abhängigkeit bringen wollen. Die Regierung habe die Stabilisierung des Franken nicht übereilt. Zum Beweis für die Stärke des Franken führte er aus, daß die Regierung nicht auf die Ratifizierung der Schuldenabkommen von London und Washington bestanden habe und dennoch stelle sich keinerlei Katastrophe ein. Im Gegenteil, es würden Frankreich auswärtige Kredite angetragen, auf die es habe verzichten können. Alles nur deswegen, so bemerkte Poincaré unter lebhaftem Beifall der Rechten und des Zentrums, weil Frankreich bewiesen habe, daß es loyal seinen Verpflichtungen nachkomme und das begonnene Werk des finanziellen Wiederaufbaues vollenden werde. Seit über einem Jahr sei der Franken keinen gefährlichen Schwankungen mehr unterworfen. Gleichzeitig besitze die Bank von Frankreich Reserven, die ihr die Beherrschung des Devisenmarktes gestatteten, vorausgesetzt, daß nicht neuerliche Finanzkrisen eintreten, zu deren Vermeidung man eben nicht leichtfertig jene Methoden aufgeben würde, die während der letzten 18 Monate befolgt worden seien.

Diese Erklärung Poincarés, die eine deutliche Anspielung auf die Erhaltung der Regierung der nationalen Einigung ist, wurde von der Mehrheit des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf wandte sich Poincaré dem Kapitel der in der letzten Zeit eingetretenen Erleichterungsmaßnahmen für die Steuerzahler zu.

*

Titulescu in Paris.

Paris, 2. Febr. Der rumänische Außenminister Titulescu ist heute nachmittag, von Rom kommend, in Paris eingetroffen. In Rom haben seine Besprechungen längere Zeit in Anspruch genommen, als zunächst vorgesehen war.

Die Rückgabe deutschen Eigentums.

Annahme des Freigabegesetzes im Finanzausschuß des amerikanischen Senats.

Washington, 1. Febr. Der Finanzausschuß des Senates hat heute die Bestimmungen der Vorlage über das ehemals feindliche Eigentum betreffend die sofortige Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums und die Zahlung von 100 Millionen Dollar für die deutschen Schiffe, Patente und Radioanlagen, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, angenommen.

Washington, 1. Febr. Die Annahme der bisher am meisten umstrittenen Punkte der Freigabevorlage durch den Senatsausschuß, der im vorigen Jahr nur 50 Prozent des deutschen Eigentums und nur 60 Millionen Dollar für Schiffe und Patente zurückgeben wollte, wird in Kongreßkreisen dahin gedeutet, daß die größten Schwierigkeiten nunmehr überwunden sind und daß die Vorlage in der Fassung, die ihr das Repräsentantenhaus gegeben hat, Mitte Februar dem Plenum des Senats fast unverändert vorgelegt werden wird.

Der Prozeß der Standesherren gegen den preußischen Fiskus.

× Münster i. W., 2. Febr. Heute wurde in dem Prozeß der Standesherren, des Herzogs von Arenberg, der Fürsten Salm-Salm und Salm-Horstmar, gegen den preußischen Fiskus zur Unterbrechung der Verjährung des Anspruches auf Aufwertung ihrer Renten aus den Jahren 1920 bis 24 vom Gericht ein Beschluß dahin verkündet, daß die Standesherren eine Aufstellung ihrer Einkommen- und Vermögensverhältnisse unter Gegenüberstellung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse im Jahre 1913 bis 14 und nach der Inflation einreichen sollen, damit das Gericht darüber schlüssig werden kann, wie hoch die Aufwertung zu bemessen sei. Ein neuer Termin ist auf den 30. April anberaumt.

Provisionen für die guten Auskünfte!

Das Geständnis des Staatsanwaltschaftsrats Jacoby.

○ Berlin, 2. Februar.

Die Beziehungen des verhafteten Staatsanwaltschaftsrats Dr. Jacoby I zu dem Lombardschwindler Bergmann scheinen noch enger gewesen zu sein, als bisher angenommen. Er ist von Bergmann wiederholt als Justitiar bezeichnet worden und galt unter den Angestellten des Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses als der juristische Berater Bergmanns. Die Verhaftung wurde gestern angeordnet, nachdem Frau Bergmann und der Prokurist Willi Kraatz vom Untersuchungsrichter vernommen worden waren. In den Aussagen dieser beiden ist sehr viel belastendes Material gegen Jacoby vorgebracht worden. Namentlich hat Frau Bergmann eine große Anzahl von Angaben gemacht, aus denen hervorzugehen scheint, daß Jacoby von dem Betrieb im Allgemeinen Lombard- und Lagerhaus vollkommen unterrichtet gewesen ist. Bei den Beschuldigungen, die gegen Jacoby erhoben werden, handelt es sich in erster Reihe um Betrug. Bewahrheiten sie sich, so müßte Jacoby aber auch wegen Amtsverbrechens zur Verantwortung gezogen werden.

Wie das „B. Tgb." meldet, gab Jacoby im Laufe seiner heutigen Vernehmung zu, von Bergmann Provisionen für die guten Auskünfte erhalten zu haben. Der Konkursrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte hat heute das Konkursverfahren über das Lombardhaus Bergmann eröffnet. Dem Antrage der zahlreichen Gläubiger auf Eröffnung des Verfahrens ist stattgegeben worden, nachdem durch die Ermittlungen des Konkursverwalters Schuster festgestellt worden ist, daß die Aktiva, die noch vorhanden sind, ausreichen, um die außerordentlich hohen Kosten des Verfahrens zu decken. Durch die Nachforschungen der Polizei hat sich laut „Vossischer Ztg." ergeben, daß noch erhebliche Aktiva vorhanden sind, sodaß die Gläubiger bei der späteren Konkursverteilung mit allerdings geringen Quoten rechnen können. Schon jetzt steht fest, daß sich das Konkursverfahren jahrelang hinziehen wird, ehe es zu einer Verteilung kommen kann. Der Konkursverwalter muß außerordentlich schwierige Prozesse führen, um bestimmte Stücke für die Konkursmasse zurückzugewinnen.

*

Ein zweiter Fall Bergmann.

Berlin, 2. Febr. Der Fall Bergmann hat dem B. T. zufolge die Behörden auf die Spur anderer zweifelhafter Unternehmungen gebracht, die sich mit ähnlichen, noch stärker gewinnbringenden Geschäften befassen. An erster Stelle steht hier das Standard-Warenhaus in Berlin, Friedrichstr. 136. Wie das Blatt hört, beschäftigt sich bereits die Staatsanwaltschaft mit den Geschäften dieser Firma. Die Persönlichkeit, die der Firma vorsteht, ist der „Journalist" Artur Keil, der als Herausgeber eines Skandalblattes in Berlin vor längerer Zeit dadurch bekannt wurde, daß er wegen Erpressung zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Das Blatt hat sich mit der Untersuchungsbehörde in Verbindung gesetzt und erfuhr, daß bereits am 27. Febr. ein neuer Strafprozeß gegen den Mitinhaber des Standard-Warenhauses Arthur Keil zur Verhandlung kommen wird, in dem sich dieser wegen mehrfacher Betrügereien zu verantworten haben wird. Dem Blatt ist ferner bekannt, daß in dieser Verhandlung nicht weniger als 300 Zeugen aufmarschieren werden, die sich durch die Geschäftspraktiken des Herrn Keil betrogen fühlen. Außerdem seien die Geschäftsbücher des Standard-Warenkaufhauses beschlagnahmt und noch nicht wieder freigegeben worden.

Finanzlage
hs.

Paris, 2. Februar.
ittagssitzung der Kam
ni Poincaré das
ung erwarteten Aus
le Lage Frank
aré, daß er sich keines
ausgeworfenen Fragen
Wort sprechen werde
gung kompromittieren

hilderung der durch
Ergebnisse über. Der
ntreich für das letzte
aus, eine entschei
ege zum finan
rankreichs. Die
s laufende Jahr noch
es angenommen, wo
dlich vorbei sei. Die
Stabilisierung um
ng der interalliierten
Poincaré, habe aber
bringen wollen. Die
rung des Fran
es für die Stärke
die Regierung nicht
abkommen von Lon
be und dennoch stelle
Gegenteil, es wür
e Kredite ange
richten können.
Poincaré unter leb
es Zentrums, weil
mal seinen Verzicht
ene Werk des finan
werde. Seit über
gefährlichen Schwan
eitig besitze die Bank
die Lehrrschung des
setzt, daß nicht neuer
en Vermeidung man
aufgeben würde, die
gt werden seien.
eine deutliche An
erung der nationalen
heit des Hauses mit
hierauf wandte sich
letzten Zeit eingetre
die Steuerzahler zu.

ls.

ulische Außenminister
von Rom kommend,
en seine Besprechun
ommen, als zunächst

n Eigentums.

m Finanzausschuß
Senats.

anzausschuß des Se
er Vorlage über das
end die sofortige
des deutschen
g von 100 Mil
tschen Schiffe,
n, die während des
nommen.

nnahme der bisher
der Freigabevorlage
origen Jahr nur 60
d nur 60 Millionen
ickgeben wollte, wird
daß die größten
überwunden
Fassung, die ihr das
Mitte Februar dem
rt vorgelegt werden

dsherren
en Fiskus.

ute wurde in dem
zogs von Aren
lm und Salm
Fiskus zur Unter
uches auf Aufwer
1920 bis 24 vom
, daß die Standes
kommen- und Ver
stellung ihrer Ein
sse im Jahre 1913
eichen sollen, damit
kann, wie hoch
ssen sei. Ein
pril anberaumt.

nfte!

t „Vossischer Ztg.“
ktiva vorhanden
späteren Konkurs
uoten rechnen kön
das Konkurs
hen wird, ehe es
Der Konkursver
ge Prozesse führen,
rsmasse zurückzuge

rgmann.

Bergmann hat dem
Spur anderer zwei
die sich mit ähn
Geschäften befassen.
ndard-Waren
Wie das Blatt hört,
waltschaft mit den
önlichkeit, die der
rtur Keil, der als
in Berlin vor
e, daß er wegen
en Freiheits
Das Blatt hat sich
bindung gesetzt und
neuer Strafprozeß
ndard-Warenhauses
n wird, in dem sich
trügereien zu
m Blatt ist ferner
nicht weniger als
die sich durch die
betrogen fühlen.
des Standard-Wa
) nicht wieder frei

Aus der Heimat.

Bocholt, den 3. Februar 1928.

p. **Bevölkerungsstatistik im Monat Januar.** Im Stadtkreise Bocholt wurden im Monat Januar geboren 30 Knaben und 22 Mädchen. 28 Ehen wurden geschlossen. Es starben 19 männliche und 17 weibliche Personen. Die fortgeschriebene Bevölkerungsziffer war am 1. Januar 32 546, am 31 Januar 32 545.

p. **Vom Fundamt.** Auf dem Fundamt wurde ein Fußball als gefunden angemeldet.

a. **Wohlfahrtsschecks gegen gewerbsmäßige Bettelei.** Die gewerbsmäßige Bettelei ist in unserer Stadt leider noch nicht zurückgegangen. Zum Teil sind es ortsfremde Leute, die um Gaben vorsprechen. Beobachtet wurde auch wiederholt, daß Schulkinder von ihren Eltern zum Betteln von Haus zu Haus geschickt wurden. Die gewohnheitsmäßige Bettelei läßt sich wirksam nur durch den Wohlfahrtsscheck bekämpfen. Der Wohlfahrtsscheck bietet aber auch die Gewähr, daß den wirklich Bedürftigen durch das Wohfahrtsamt ausreichend geholfen wird. Heftchen, enthaltend 20 Schecks, sind zum Preise von 1,— Reichsmark, beim Wohlfahrtsamte, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 35, Zimmer Nr. 4, zu haben.

z. **„Unsere kath. Mitverantwortung in einer neuen Caritasarbeit“.** Wir weisen an dieser Stelle nochmals hin auf die heute abend 8 Uhr im Arbeiterheim St. Paulus stattfindende öffentliche Versammlung, in der Frau Floß, Münster, über unsere Mitverantwortung in einer neuen Caritasarbeit sprechen wird. Die Rednerin, die als Leiterin der Beratungsstelle für Alkoholkranke in Münster tätig ist, ist durch ihr praktisches Wirken in der Caritas bekannt. Ihr Vortrag, der aus ihrem großen Schatz von Erfahrungen schöpfen wird und für caritative Mitarbeit werben will, verdient einen starken Besuch.

n. **Arbeiterverein St. Paulus.** Der Verein feiert am Sonntag, den 5. Februar, sein 55. Stiftungsfest. Heute (Freitag) ist 8,30 Uhr in der Agneskirche eine Andacht mit Vorbereitungsvortrag. Am Festtage selbst vereinigen sich die Mitglieder 7,15 Uhr in der Liebfrauenkirche zur Generalkommunion. Abends 6 Uhr findet im Anschluß an das 2. Orgel-Konzert in der Liebfrauenkirche die Festversammlung im Vereinshause statt. Die Nachmittagsandacht muß wegen des Orgelkonzertes ausfallen. Die Festrede am Stiftungsfest hat Herr Rektor Dülmer übernommen.

z. **Arbeiterverein St. Josef.** Der Arbeiterverein St. Josef feiert am kommenden Sonntag sein Stiftungsfest. Morgens 7 Uhr haben die Mitglieder Generalkommunion. Nachmittags 5 Uhr ist Festandacht in der St. Josefskirche und um 6 Uhr Festversammlung im Vereinshaus.

n. **Kath. Gehilfinnen-Verein Bocholt.** Am Sonntag, den 5. Februar, 6 Uhr abends, gelangt im Gehilfinnensaal, Neustraße, das Stück „Das verlorene Paradies“, ein komisches Lustspiel, verbunden mit Reigen und zwei lustigen Singspielen, zur Aufführung. Die Komik in diesem Lustspiel ist wie kein anderes geeignet, die Lachmuskeln der Zuschauer gründlich in Bewegung zu setzen. Es ist alles aufgeboten worden, den Besuchern einen genußreichen Abend zu sichern. Aufführung für Kinder Sonntag nachmittag 3 Uhr. Alle Ehrenmitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind herzlichst einzeladen. Für Vereinsmitglieder findet die Vorstellung am Mittwoch, den 8. Februar, abends 8 Uhr statt. Die Mitglieder werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

n. **4 Jahre Bocholter Tierschutz-Verein.** Mit dem beginnenden Frühling sind es 4 Jahre, daß der Bocholter Tierschutz-Verein unermüdlich gearbeitet hat, die Worte des Welterlösers „Der Gerechte erbarmt sich auch der Tiere“ in kräftige Tat umzusetzen. Allerdings tritt das Wirken dieses Vereins wenig, sehr wenig, an die Oeffentlichkeit, dennoch hat er mit seinen wenigen Mitteln und seiner geringen Mitgliederzahl schon manch grausame Behandlung der vernunftlosen Geschöpfe verhütet und bekämpft und manches Gute gewirkt. Wer mit offenen Augen durch die Welt gegangen, der weiß, wie wichtig es ist, die Grausamkeit und Roheit gegen die Tiere zu bekämpfen, wie gut es ist, namentlich in jugendlichen Herzen Milde und Mitleid zu pflegen. Sagt doch eine alte Redensart, daß derjenige kein schlechter Mensch sein könne, gegen den die Tiere Zutraulichkeit zeigten, wie es Fritz Reuter in der Charakteristik seines goldenen „Onkel Bräsig“ so reizend gezeigt hat. Leider hat man in Bocholt für derartige Bestrebungen noch weniger Verständnis gezeigt. So zählt der Tierschutzverein, welcher in Rheine und in Münster schon in kürzerer Zeit zu einer ansehnlichen Gesellschaft emporgeblüht ist, in Bocholt kaum 30 Mitglieder. Mögen der idealen Vereinigung doch durch diese Zeilen bald neue Mitglieder erstehen. Religion und Poesie zählen derjenigen, die auch für die Tiere ein Herz hatten, so manchen. Man denke nur an Peter Rosegger, an Chamisso, Friedrich Hebbel, indes die lieblichste Abbildung den hl. Franziskus von Assisi als den Träger des Friedens inmitten der Weltschöpfung, einsam dasitzend unter einer Schar zutraulicher Tiere, zeigt.

m. **Sonderzüge zur Leipziger Frühjahrsmesse.** Anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1928 werden wieder Sonderzüge mit ca. 30 Prozent Fahrpreisermäßigung und zwar am 2. und 3. März gefahren ab Köln, Solingen und Düsseldorf, sowie am 3. März ab Münster. Eine wesentliche Erleichterung für die Reisenden besteht darin, daß die Züge aus D-Zug-Wagen zusammengestellt werden und einen Speisewagen führen. Auskünfte über Verkehrszeiten und Sonderzugskarten erteilen die ehrenamtlichen Vertreter des Leipziger Meßamts und die Vertretungen des Norddeutschen Lloyd.

* * *

n. **Lowick**, 3. Februar. **Schützenverein rechts der Aa.** In althergebrachter Weise feiert der Schützenverein Lowick rechts der Aa, am morgigen Samstag und am Sonntag auf dem Gute Johann Willing sein diesjähriges Fastnachtsfest.

n. **Werth**, 2 Febr. **Winterfest des Kriegervereins.** Am vergangenen Sonntag hielt der Werther Kriegerverein im Te Breuilschen Saale sein Winterfest, bestehend aus Theater und Ball, ab. Schon vor Beginn war der Saal Kopf an Kopf besetzt, eine ganze Anzahl Gäste mußten mit einem Stehplatz vorlieb nehmen Mit einigen Musikstücken der Wertherbruchschen Kriegerkapelle und einem Willkommengruß des Präsidenten, Herrn Westerfeld, wurde die Feier eingeleitet. Darauf ging der erste militärische Schwank „Musketier Krakowiak“ über die Bühne, der einen ungeheuren Lacherfolg zu verzeichnen hatte. Kamerad Peters gedachte dann in seiner Festrede u. a. des anwesenden 80 jährigen Kameraden Theodor Parras und überreichte ihm in Anbetracht seiner Verdienste um den Verein ein Ehrendiplom. Gerührt dankte Kamerad Parras für die Ehrung und versprach auch fernerhin seine ganze Kraft für den Verein einzusetzen. Der dann folgende zweite militärische Schwank „Die Gummizelle“ hatte ebenfalls einen großen Heiterkeitserfolg. Nach einer halbstündigen Pause begann der Festball, der äußerst gut besucht war. Die gesamte Festlichkeit verlief in harmonischer Weise; insbesondere wurde das gute und exakte Theaterspiel und die gute Leistung des Spielleiters gerühmt. Am Sonntag den 12. Februar nachmittags 5 Uhr soll auf Wunsch das Theaterspiel wiederholt werden. Kamerad Remter aus Wertherbruch hielt eine kernige Ansprache und toaste auf den Werther Kriegerverein und seinen Vorstand. Frau W. Dunckerbeck sprach einen sinnigen Prolog. — Am kommenden Sonntag hält der Kriegerverein seine Hauptgeneralversammlung ab, bei der auch die Neuwahl des Vorstandes zu erfolgen hat.

m. **Anholt**, 2. Febr. **Ueber eine Erbschaft und ihre Folgen.** Es war einmal . . . ein indischer Nabob oder vielmehr, er soll in Holländisch-Indien gelebt haben, wo es keine Nabobs gibt, sondern nur sogenannte „oudgasten“. Er soll auch schwer reich gewesen sein und den guten Willen gehabt haben, nach seinem Tode viele Erdenkinder in seiner ursprünglichen Heimat glücklich zu machen, wenn Geld das wahre Glück bedeuten würde. Man munkelt von einer Summe von 2 Tonnen Goldes, was in deutscher Währung cd. 350 000 Reichsmark ausmachen würde. Leider hat der Erblasser seine Erben nicht gekannt und umgekehrt haben die Letzteren ihn nicht gekannt, so daß die ganze Erbschaft bis jetzt in der Luft schwebt. Es gibt in Anholt viele seines Namens, aber keiner weiß bestimmt, ob er zu den glücklichen Erben gehört, weil schriftliche Dokumente nicht vorhanden sind. Es ist zum Schreien, wenn man bedenkt, daß eine solche Unsumme wirklich vermacht sein sollte und nicht zur Verteilung gelangen könnte wegen Mangels an gültigen schriftlichen Beweisen. Denn käme sie einmal zur Verteilung, dann würde es sich wahrscheinlich wohl lohnen, eine Autogarage zu bauen auf dem Erbe der verstorbenen Witwe Sch., wie es der holländische Käufer vorzuhaben scheint. O! Die Erbschaften!

m. **Anholt**, 2. Febr. **Schützenverein Hanerfeld-Breels.** Der Schützenverein veranstaltete am Mittwoch abend sein Winterfest. Schon 8 Tage vorher hatten die Jungschützen in üblicher Weise bei den Vereinsmitgliedern Mettwurst aufgeholt, welche nach altem Brauch bei dem Festmahl verzehrt wurde. Das Fest war gut besucht und nahm einen harmonischen Verlauf.

Schaufenster müssen, ob grau, ob klein,
Wie eine Bühne beleuchtet sein.

z. **Rhede**, 2. Febr. **Neuer Güterschuppen.** Der Neubau des z. Zt. abgebrannten Güterschuppens, der im vergangenen Sommer in Angriff genommen wurde, ist vor kurzem vollendet und am 1. Februar dem Verkehr übergeben. Der stattliche, nach den Grundsätzen moderner Bautechnik ausgeführte Neubau findet den Beifall der Bürgerschaft.

* **Marbeck**, 2. Febr. **Tödlicher Unfall.** Von einem schweren Schicksalsschlage wurde plötzlich die Familie des pensionierten Weichenstellers Karl Hengstermann von hier heimgesucht. Sie erhielt am Mittwoch mittag aus Gladbeck die Nachricht, daß ihr Sohn Theodor, der dort auf Zeche „Moltke“ an der Betriebsbahn als Rangierer seit 3 Jahren tätig war, beim Aneinanderkuppeln der Wagen verunglückt sei. Der Tod ist durch Ueberfahren verursacht und schon nach wenigen Minuten eingetreten.

* **Dorsten**, 2. Febr. **Ein Jahr vermißt.** Der Bergmann Bernh. Kattemann aus Gahlen-Hardt ist seit dem 1. Januar 1927 vermißt. Leider sind die bisherigen Nachforschungen nach seinem Verbleib erfolglos geblieben. Bekannt ist nur, daß K. am Tage seines Verschwindens seiner Braut noch einen Besuch abgestattet hat. Später fand man an der Dorsten-Weseler Straße in der Nähe einer Ziegelei unweit der Lippe, die dem K. gehörenden Gegenstände wie Jacke, Weste, Uhr und Geld wieder. Ob die Annahme zutrifft, daß der Vermißte einem Verbrechen zum Opfer gefallen oder auf irgend eine Art in die Lippe geraten ist, konnte nicht ermittelt werden. Es erscheint ausgeschlossen, daß K. freiwillig den Tod gesucht hat, da er in geordneten Verhältnissen lebte.

* **Gronau**, 2 Febr. **Ein Haus niedergebrannt.** In den frühen Morgenstunden am Mittwoch brannte das im Dorf Losser liegende Geschäfts- und landwirtschaftlichen Zwecken dienende Haus Halten völlig nieder. U. a. kam ein Kalb in den Flammen um.

* **Telgte**, 2. Febr. **Unglücksfall.** Am Mittwoch nachmittag scheuten die Pferde eines Gespannes und gingen durch. Der einzige Sohn des Landwirts B. vom Derkotten, der trotz Verwarnung die jungen Pferde bestiegen hatte, konnte zwar noch abspringen, wurde aber wahrscheinlich durch einen Pferdehuf schwer getroffen. Er wurde sofort zum St. Rochus-Hospital gebracht, wo man schwere innere Verletzungen feststellte.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg**, 2. Februar. **Ein 84 jähriger.** Seinen 84. Geburtstag feierte hier am 21. Januar im Kreise seiner Familie Herr Hupperts, welcher seit einigen Jahren bei seinem Schwiegersohn Wilh. Hormann auf der Quappenburg wohnt. Der Jubilar ist Veteran aus dem Kriege von 1870/71 und war in seiner Heimat lange Jahre Vorsitzender des Kriegervereins. Trotz seines hohen Alters ist er geistig und körperlich noch sehr rüstig. Seine größte Freude macht es ihm noch heute, wenn er sich beim Ackerbau betätigen kann. Möge ihm noch ein langer, sonniger Lebensabend beschieden sein.

—t. **Heelden**, 2. Febr. **Hohes Alter.** Am vergangenen Samstag konnte der Landwirt Heinrich Schepers seinen 81. Geburtstag feiern. Im Isselburger Kriegerverein ist er einer der beiden letzten Veteranen von 1870/71. Möge der Jubilar noch recht lange gesund bleiben und einen angenehmen Lebensabend verleben können.

— **Ringenberg**, 2. Febr. **Säuglings- und Kleinkinderpflegekursus.** Das Bürgermeisteramt gibt die Abhaltung von einem Säuglings- und Kleinkinderpflegekursus in den Gemeinden Hamminkeln und Bislich bekannt. Dieser beginnt in Hamminkeln bei Vorholt am Montag, den 6. Februar, nachmittags 2,30 Uhr; in Bislich am Dienstag, den 7. Februar, vormittags 9 Uhr in der alten Schule. Der Kursus dauert 20 Doppelstunden und ist für die Teilnehmerinnen unentgeltlich.

Das Römerlager bei Bocholt.

Die im Jahre 16 v. Chr. errichtete römische Feste Vetera bei dem jetzigen Xanten bildete bekanntlich bei mehreren von den Römern in das rechtsrheinische Deutschland unternommenen Feldzügen den Ausgangspunkt bezw. den Zielpunkt des Rückmarsches. Wie auf der linken Rheinseite, breiteten sich auch auf der rechten Rheinseite zahlreiche Heerstraßen nach verschiedenen Richtungen hin aus, darunter eine, die von Vetera über Bocholt nach Rheine an der Ems führte. Diese Straße ging an dem östlich von Bocholt gelegenen Kreuzberg vorüber auf Burlo und Oeding und setzte dann ihren Lauf über Breden, Ahaus und Ochtrup nach Rheine fort. Eine andere Heerstraße römischen Ursprungs soll von Cleve über Emmerich nach Bocholt und Borken geführt haben. Sie hat also die erstgenannte Straße bei Bocholt gekreuzt.

Unweit dieses Kreuzungspunktes befinden sich die Ueberreste eines römischen Lagers, das wiederholt die Aufmerksamkeit der Forscher auf sich gezogen hat. Diese alte Verschanzung befindet sich in den sogen. Hohenhorster Bergen an dem zum Dorfe Krechting führenden Wege etwa 3000 Schritte östlich von Bocholt. Hier sind so viele Reste des alten Erdwerks deutlich ausgeprägt erhalten geblieben, daß sich die ganze Anlage nach Ursprung und Zweck mit Bestimmtheit erkennen und in ihren Hauptteilen rekonstruieren läßt. Man sieht hier einen in der Form eines Rechtecks gebildeten Walleinschluß, dessen Breite sich zur Länge wie 3:4 verhält und im Innern desselben einen zweiten von fast quadratischer Form. Der innere Wall ist, wie bei allen übrigen Römerlagern, bedeutend stärker als der äußere.

Außer den Hauptumwallungen bemerkt man noch einige schwächere Querwälle. Die fraglichen Wallreste sind jetzt noch 2—3 Meter hoch und 20—30 Meter breit. Der nördliche Wall des inneren Einschlusses, jetzt „Posberg“ genannt, ist dagegen bedeutend stärker und höher; hier dürfte sich zur Römerzeit der Wachthügel befunden haben. Das ganze Erdwerk hat eine Länge von etwa 500 Metern und eine Breite von etwa 400 Metern. Nach dem Urteil militärischer Sachverständiger soll dies Erdwerk als Marschlager für 20 000 Mann zur Verteidigung oder als Winterlager für eine Legion (5000 Mann) ausgereicht haben. In den Kriegszügen des Germanicus in den Jahren 15 und 16 n. Chr. dürfte dies Römerlager noch eine wichtige Rolle gespielt haben.

Im Jahre 47 n. Chr. erließ Kaiser Claudius den Befehl, alle römischen Besatzungen auf die linke Rheinseite zurückzuziehen. Damit ging die römische Herrschaft diesseits des Rheines und somit auch in der Landschaft Bocholt zu Ende.

Aus dem benachbarten Holland.

r. **s'Heerenberg**, 2. Febr. **Schweres Tramunglück.** Am Mittwoch morgen gegen 8,30 Uhr hat sich hier ein tragisches Unglück zugetragen. Ein älterer Mann, namens Slüter aus Doetinchem, der auf dem Wege nach Emmerich war, um dort die ihm aus seiner früheren Tätigkeit in Deutschland zustehende Invalidenrente abzuheben, geriet bei der Tramstation unter einen Zug und wurde überfahren. Er war sofort tot.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **J. C. Olympia, Jugend-Abteilung.** Das am vergangenen Sonntag in Wesel-Feldmark ausgetragene Diplomspiel der ersten Jugend-Mannschaft endete mit einem Unentschieden 1:1. Das auf eigenem Platze ausgetragene Gesellschaftsspiel der zweiten Jugend-Mannschaft wurde mit 4:2 gewonnen. — Am kommenden Sonntag hat die zweite Jugendmannschaft ein rückständiges Diplomspiel gegen Wesel-Feldmark erste Jugendmannschaft auszutragen. Die erste Jugendmannschaft hat auch auf eigenem Platze die erste Jugendmannschaft des Sport- und Spielvereins Rhede zum Gegner. Folgende Jugendliche sind dazu beauftragt: erste Jugendmannschaft: Hillebrand, Buß, Funk, Kampshoff 2, Kampshoff 1, Giesen, Wendring, Küppers, Hüning, Jormann, Thesing. Ersatz: Eiting, Benning, Schleiss. Anstoßzeit 11 Uhr vormittags. Begleitmann: Josef Büning. — 2. Jugendmannschaft: Böing, Leppers 1, Seggewiß, Bortels, Sonders 1, Wollenhaupt, Franke, Sonders 2, Oberkönig, Tolkamp, Leipholt. Ersatz: Kleinvorholt, Thesing 2, Leppers 2. Anstoßzeit 2 Uhr nachmittags. Begleitmann: Willi Griesenbroich. — Um 3 Uhr nachm. ist ein Trainingsspiel der Schülermannschaft. Sämtliche Schüler, die sich gemeldet haben und die noch beitreten wollen, sind freundlichst eingeladen.

:: **Sportklub 1926.** Am kommenden Sonntag spielt die erste Mannschaft auf eigenem Platz gegen Spielverein Biemenhorst erste Mannschaft. Dieses Meisterschaftsspiel verspricht sehr interessant zu werden, da die Spielvereinler sicher alles daran setzen werden, um dieses Spiel zu gewinnen. Darum ist ein Besuch des Spieles nur zu empfehlen. Anstoß 2,30 Uhr. — Die zweite Mannschaft hat morgens 11 Uhr die gleiche von Feldmark Wesel zu Gast und muß mit ihr im Diplomspiel um die Punkte kämpfen. Auch diesen Kampfausgang muß man offen lassen.

:: **Sportfreunde 97 Bocholt.** Nach einer 14 tägigen Ruhepause tritt am kommenden Sonntag die erste Elf der Sportfreunde wieder auf den Plan. Siegfried Lohberg erste Elf wird den Sportfreunden ein Stelldichein geben und im Meisterschaftskampf werden beide ihre Kräfte messen. Lohbergs Mannschaft spielt einen guten Fußball und ist ein gefürchteter Gegner. Doch zweimal nur konnten sie gegen die spielstarke Mannschaft der Sportfreunde ein unentschiedenes Resultat erzielen und so wird es auch am Sonntag einen heißen Kampf geben. Nach der jetzigen Form der Sportfreunde haben diese berechtigte Hoffnungen auf einen knappen Sieg, zumal sie den Vorteil des eigenen Platzes haben. Das Spiel beginnt pünktlich 2,30 Uhr. Die Parole der Sportler heißt am Sonntag: Auf zum Meisterschaftstreffen auf dem Sportplatz an der Schwanenstraße. — Die 1. Jugend wird der gleichen von Emmerich ein Meisterschaftsspiel zu liefern haben. Emmerichs Jugend sollte es nicht möglich sein, den Siegeslauf der Jugend der Sportfreunde zu hemmen. Die Abfahrt ist auf 1,04 Uhr festgelegt. — Die 2. Jugend fährt nach Haldern, um mit deren 1. Jugend im Freundschaftskampf in die Schranken zu treten. Abfahrt gemeinsam mit der 1. Jugend. „Jugendkraft Heil!“ S.

Eingesandt.

Isselburg gemeindet ein.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf beschäftigt man sich seit Wochen eifrig mit den Vorschlägen der Regierung betr. Neuabgrenzung der unteren Verwaltungsbezirke. Bekanntlich soll der Kreis Rees in seinem vollen Umfang erhalten bleiben, der nördliche Teil des Kreises Dinslaken soll ihm zugeschlagen werden, während die Stadt Wesel kreisfrei werden soll. In seiner letzten Sitzung nahm der Kreistag des Kreises Rees zu diesen Vorschlägen Stellung und erklärte sich mit der Neugestaltung einverstanden unter der Bedingung, daß einige Grenzberichtigungen vorgenommen würden. Zu diesen „Grenzberichtigungen“ gehört auch der Vorschlag, das Gebiet nördlich der Stadt Isselburg, das heute zur Gemeinde Anholt, also zu einer anderen Provinz gehört, dem Kreis Rees zuzuschlagen, ein etwas willkürlicher Vorschlag, der nicht so ohne weiteres durchgeführt werden dürfte. Stellenweise geht man noch weiter und möchte einige gerade günstig liegende Gemeinden des Kreises Borken nach Isselburg eingemeinden. Nachstehendes Eingesandt, das sich mit diesen Vorschlägen beschäftigt, dürfte daher allgemeines Interesse finden. (D. Schriftleitung.)

Im „Allgemeinen Anzeiger“ Rees (Nr. 12) erschien am 27. Januar ds. Js. ein Eingesandt, das wert ist, auch weiteren Kreisen bekannt zu werden. Dem Zuge der Zeit und großen Mustern folgend, trägt sich, wie der Artikel verrät, die Stadt Isselburg mit Eingemeindungsplänen großzügigster Art. Unter der mehr aufrichtigen als überzeugenden Begründung, daß „die Stadtgemeinde Isselburg im Verhältnis zu den übrigen Bürgermeistereien des Kreises Rees über ein sehr geringes Gebiet erstreckt ist (!), teilt der Einsender mit, daß „zu den schwebenden Verhandlungen betr. Um- und Eingemeindungen für die Stadtgemeinde Isselburg folgendes beantragt wird“. Leider vergißt er zu sagen, wo Verhandlungen schweben, wer beantragt und wo beantragt wird, was doch für alle Beteiligten gerade wissenswert wäre. Es handelt sich bei den Plänen um nichts mehr und nichts weniger als um Folgendes:

Von der Gemeinde Anholt soll das Stück zwischen der Issel und der Eisenbahn genommen werden, darüber hinaus noch ein beträchtlicher Teil vom Anholter Gebiet; die Grenze soll größtenteils der Mühlenbach bilden.

Und da man, wenn man schon einmal eingemeindet, großzügig verfahren soll, so wird „vorgeschlagen“, daß die ganzen Gemeinden Herzebocholt und Werth nach Isselburg kommen, mit der eigenartigen Begründung, daß der Sitz des Amtes dieser beiden Gemeinden in Bocholt ist. Damit nicht genug! Es wird ferner „vorgeschlagen“, die ganzen Gemeinden Vehlingen und Heelden, sowie von der Gemeinde Wertherbruch ein größeres Stück (warum nicht ganz?) zu schlucken.

Warum diese große Aktion? Antwort: „Zur besseren Leistungsfähigkeit und zur Möglichkeit einer künftigen besseren Entwicklung der Stadtgemeinde Isselburg ist es unbedingt notwendig“.

Nimmt man die Karte zur Hand und betrachtet die Gebietsteile, die Isselburg in nächster Zeit zu Groß-Isselburg vereinigen wird, so kann man schätzungsweise feststellen, daß Isselburg willens ist, sein Gebiet um das 8—10 fache seines jetzigen Bestandes zu vergrößern. Das ist schon allerhand. Kreisgrenzen, Regierungsbezirksgrenzen, Provinzgrenzen spielen dabei keine Rolle; man nimmt einfach alles, was an größeren Gemeinden um die kleine Gemeinde Isselburg herumliegt. Die Entfernung vom Rathaus, weswegen der Anholter Teil eingemeindet werden muß, bildet für Isselburg selbst kein Hindernis.

Wir wissen nicht, wie sich die Gemeinden Herzebocholt und Werth, Vehlingen und Heelden, und schließlich Wertherbruch zu den Isselburger Expansionsbestrebungen stellen. Sie mögen sich selbst dazu erklären. Die Anholter aber lehnen jedenfalls dankend ab.

Hat der Einsender schon einmal etwas davon gehört, daß es so etwas wie eine historische Entwicklung der Gemeinden gibt, deren Bestand sich nicht einfach mit einem Federstrich beseitigen läßt? Weiß er z. B., daß Anholt schon eine befestigte Stadt mit ausführlichem Stadtrecht war, als Isselburg überhaupt noch nicht existierte? Ist ihm bekannt, daß ein großer Teil des Grundbesitzes in den von Isselburg begehrten Gemeinden nach Anholt gehört, was eben aus der politischen Vergangenheit dieser Gebiete sich erklärt? Kann er sich nicht daran erinnern, daß schon vor einigen Jahren eine Aktion versucht wurde, den an Isselburg stoßenden Teil Anholter Gebiets einzugemeinden, und daß die Aktion an der bestimmten Willenserklärung der Bewohner, die bei Anholt bleiben wollten, scheiterte? Glaubt er also wirklich, diese Bewohner „wähnten sich zu Isselburg gehörend?“ Ist er tatsächlich der Ansicht, daß zur besseren Leistungsfähigkeit und einer besseren Entwicklung Isselburgs man einfach einige benachbarte Landgemeinden einzusacken braucht und es damit dann getan ist? Läge es nicht näher, den Grund des Rückgangs der Stadt in Isselburg selbst zu suchen, und dort den Hebel anzusetzen, von wo allein ihm wieder Aufschwung und wirtschaftliche Blüte kommen könnte — an seiner Industrie? Ist nicht das vielleicht des Pudels Kern?

Ein Gegenvorschlag: Wenn Isselburg nach seinen Plänen demnächst als mächtiges Gemeinwesen erstanden sein würde, so würde die arme Gemeinde Anholt eine richtiggehende Enklave, eingeschnürt von Holland und Groß-Isselburg; ein Blick auf die Karte zeigt das. Wäre es da nicht besser, daß man mit Anholt und dem exponierten Suderwick eine Groß-Gemeinde Anholt-Isselburg schafft mit dem Verwaltungssitz in Anholt, wozu sein Alter, seine günstige Lage und die ganze geschichtliche Entwicklung es berechtigt. An Gebietsfläche übertrifft es das heutige Isselburg um mehr als das vierfache, nächstens kommt die neue große Durchgangsstraße noch nach Anholt, wer bestreitet da, daß Anholt nicht durchaus als Verwaltungssitz der Großlandgemeinde Anholt-Isselburg wie geschaffen ist?

Also: „Zu den schwebenden Verhandlungen betr. Um- und Eingemeindungen wird für die Stadtgemeinde Anholt Vorstehendes beantragt“.

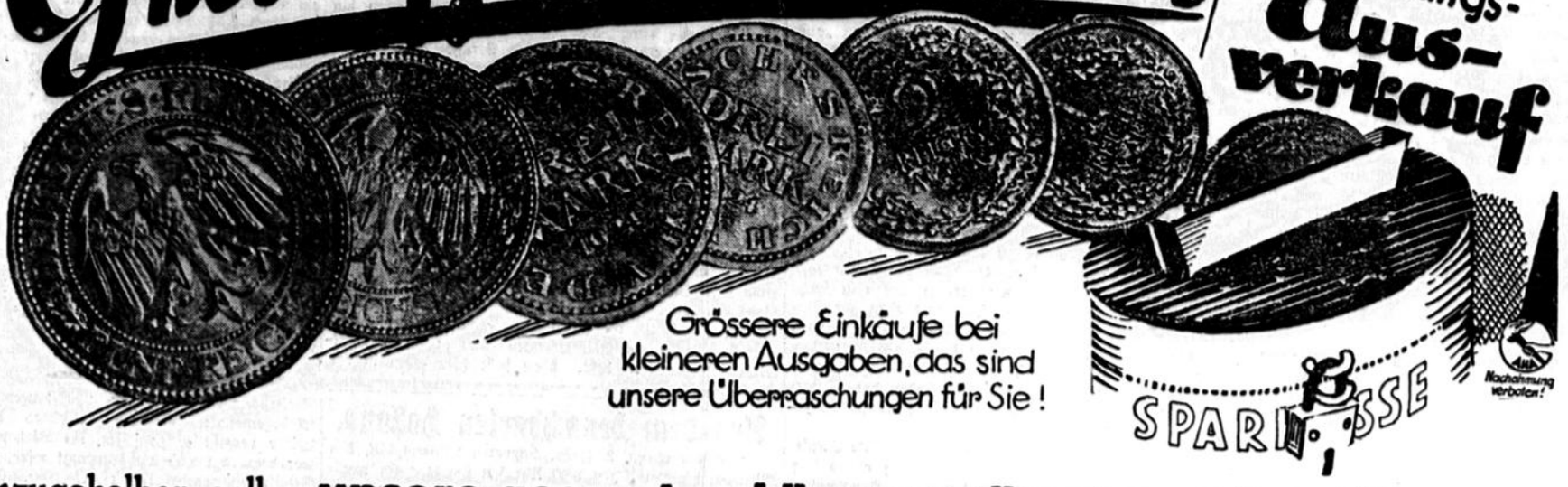
Geschäftliches.

Der heutigen Auflage unserer Zeitung liegt ein Prospekt der Kohlenhandelsgesellschaft „Niederrhein“ Meyer, Franke u. Co., Duisburg, bei, den wir der Beachtung unserer Leser empfehlen.

Verantwortlich für den Inhalt: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. iur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons van Bevern, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Jacobi und Dr. Häfner, Berlin SW, 11. Für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. W. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Remmes, Bocholt.



Schuldnerschein sein nein



Grössere Einkäufe bei kleineren Ausgaben, das sind unsere Überraschungen für Sie!

Umzugshalber sollen **unsere gesamten Läger geräumt werden.** Wir bieten an:

Restbestände Herren-, Burschen- u. Knaben-Schwedenmäntel sowie Marengo-Paletots im Preise bis zu **50%** ermäßigt.

Herren-Anzüge zu Serienpreisen:

Serie	1	2	3	4	5
	18.50	29.–	38.–	52.–	78.–

Jünglings- und Knaben-Anzüge sowie sämtliche andere Artikel zu Preisen, die Sie in Erstaunen setzen werden.

Versäumen Sie nicht, sich unverbindlich von den gebotenen Vorteilen zu überzeugen.

J. B. FISSER, Nordstr. 43.

Capitol-Theater

Freitag ✣ Samstag ✣ Sonntag ✣ Montag

Zwei Filmwerke großen Stils, die Sehenswürdigkeit unseres Programms!

HARRY PIEL, der volksbeliebte, tollkühne Abenteurer-König in dem hochsensationellen Filmwerk:



Der schwarze Pierot

Erlebnisse eines jungen Schwärmers, der die Welt kennen lernen wollte, **in 8 Akten.**

Reich an Sensationen.

Zu dieser Höchstleistung bringen wir den soeben fertiggestellten Otto Gebühr-Film:

Der alte Fritz

II. Teil (Schlußteil) Ausklang

10 Akte! **10 Akte!**

Mit dem „Alten Fritz" II. Teil „Ausklang" ist die Reihe der Friedericus Rex-Filme Otto Gebührs — einer der größten Filmerfolge seit Bestehen der Kinematographie — vollendet.

„Der alte Fritz" II Teil ist auch denjenigen verständlich, die den ersten Teil nicht gesehen

Außerdem **Lupino Lane** in dem 2aktigen Lustspiel:

Lerne boxen ohne zu klagen

Fahrräder werden aufbewahrt :-: Keine erhöhten Preise.

Krieger- Verein Dingden

Am Sonntag, dem 5. Februar,
feiert der Verein sein diesjähriges

Winterfest

beim Kameraden Wilhelm Hengstermann.

Anfang 4½ Uhr nachm.

Zutritt gegen Entree von 1 Mk.

DER VORSTAND.

Kath. Frauenbund Deutschlands. Zweigverein Bocholt.

Am Mittwoch, dem 8. Februar, nachmittags 3 Uhr,
findet im Saale des Arbeitervereinshauses St. Paulus eine

große Mitglieder-Versammlung

statt mit

gemeinschaftl. Kaffee, Vortrag und Aufführungen.

Tassen und Teller sind mitzubringen. Nur Mitglieder können teilnehmen.

Die Karten für den Kaffee sind bis Montag morgen bei Frau C. A. Teuwsen, Neustr., zu haben.

Arbeiterverein St. Josef

Am Sonntag, dem 5. Februar,

Stiftungsfest.

Morgens 7 Uhr Generalkommunion. Abends 5 Uhr Festandacht mit Ansprache in St. Josef.

6 Uhr

Festversammlung.

Um zahlreiche Beteiligung bittet.

Der Vorstand.

St. Antonius-Schützen-Verein

Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Saale des Großen Kurfürsten:

Winterfest

verbunden mit

Fastnachtsfeier (Kostümfest)

Um 9 Uhr: **Polonaise.** Anschließend:

Dekorierung der 5 besten Damen- und Herrenkostüme.

Entree für Fremde à Person 1.00 RM.

Genußreiche Stunden versprechend, ladet ein

der Vorstand.

— Mitgliedsbücher vorzeigen. —

Kath. Gesellen-Verein, Rhede.

Am Sonntag, dem 5. Februar, abends 8½ Uhr

General-Versammlung

mit **Vorstandwahl** im Vereinslokal, wozu alle aktiven, inaktiven u. Ehrenmitglieder frdl. eingeladen werd.

Der Vorstand.

Wohn- und Geschäftshaus

in der Hauptgeschäftsstraße zu Borken gelegen, mit 2 großen Schaufenstern, für jedes Geschäft geeignet, ist wegen Wegzug des Besitzers von mir unterhändig zu kaufen.

Schulze-Eckel,
Rechtsanwalt u. Notar, Borken.

Ein junges Ehepaar sucht baldigst eine

3-5 Zimmer-Wohnung

Die Miete kann ¼ Jahr im voraus gezahlt werden.

Offerten unter 7097 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gebrauchtes, gutehaltenes

Herren-fahrrad

mit Voslicht, gegen bar preiswert zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Zwei

Oberschlagstühle

(Vomag-Revolver) 175 cm breit, fast neu, zu verkaufen.

Anfragen unt. N. 922 an die Ann.-Ex.

Emil Schellmann,
M. Gladbach.

Total-Ausverkauf

sämtlicher Knaben- u. Burschen-Konfektion

wegen vollständiger Aufgabe dieser Abteilungen.

Der Ausverkauf beginnt am ***Freitag, dem 3. Februar*** und findet in meinem Ausstellungsraum, ***Osterstrasse 43*** (meinem Geschäft gegenüber), statt.

Es gelangen zum Verkauf:

384 Knaben-Anzüge	Grösse 0—12
132 Knaben-Mäntel	Grösse 0—12
118 Burschen-Anzüge	Grösse 38—43
40 Burschen-Mäntel	Grösse 38—43
224 einzelne Hosen	
22 Loden- und Windjacken	

Um eine möglichst schnelle Räumung zu erzielen, sind die Preise ganz bedeutend herabgesetzt.

Die Waren sind in Serien eingeteilt; auf jedem Etikett ist neben dem früheren der jetzige Preis deutlich erkennbar.

S. B. Löwenstein